

KLUB DER FREIHEITLICHEN GEMEINDERÄTE
Rathaus T: +43 (0)4242 205 10 12
Rathausplatz 1 M: +43 (0)650 300 71 78
9500 Villach E: villach.klub@freiheitliche-ktn.at

30.4.2020 H 1845

An den
Gemeinderat der Stadt Villach
Rathausplatz 1
9500 Villach

30.04.2020

Antrag der FPÖ Gemeinderäte gemäß § 41 Villacher Stadtrecht

Resolution an die Kärntner Landesregierung

„Corona-Krise“ – Hilfspaket für Kärntner Gemeinden schnüren

Im Zuge der „Corona-Krise“ wurden seitens der Bundesregierung diverse drastische Maßnahmen gesetzt, um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. Diese Schritte betreffen alle Bevölkerungsteile und haben massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Auch die Städte und Gemeinden sind im Umgang mit der Corona-Krise stark gefordert. Sie sind sowohl durch die sinkenden Kommunalsteuern als auch durch die verminderte Ertragsanteile massiv negativ betroffen.

Aufgrund der aktuellen Situation gehen Experten davon aus, dass die Steuereinnahmen und die Finanzkraft der Gemeinden mindestens im gleichen Ausmaß wie nach der Finanzkrise 2008/09 zurückgehen werden. Dadurch können die Gemeinden ihre laufenden Kosten nur mehr schwer finanzieren und geplante Projekte, die für die regionale Wirtschaft und die Gemeindebürger von sehr großer Bedeutung wären, nicht mehr umsetzen. In unserer Gemeinde betrifft das beispielsweise das geplante Dameneishockey Leistungszentrum (Eishalle).

Erschwerend kommt hinzu, dass die angekündigten Hilfspakete der Bundesregierung für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) entweder ihre Wirkung verfehlen oder von der Wirtschaftskrise betroffene Unternehmen aufgrund der völlig überzogenen Kriterien keinen Anspruch haben. Im Sinne einer möglichen Schadensbegrenzung ist es daher dringend notwendig, Maßnahmen zu setzen, um den regionalen Wirtschaftsbetrieben möglichst rasch Aufträge zuführen zu können. Auftragsvergaben von öffentlichen Auftraggebern – und somit insbesondere von Gemeinden – wären enorm wichtig, um Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen zu stützen.

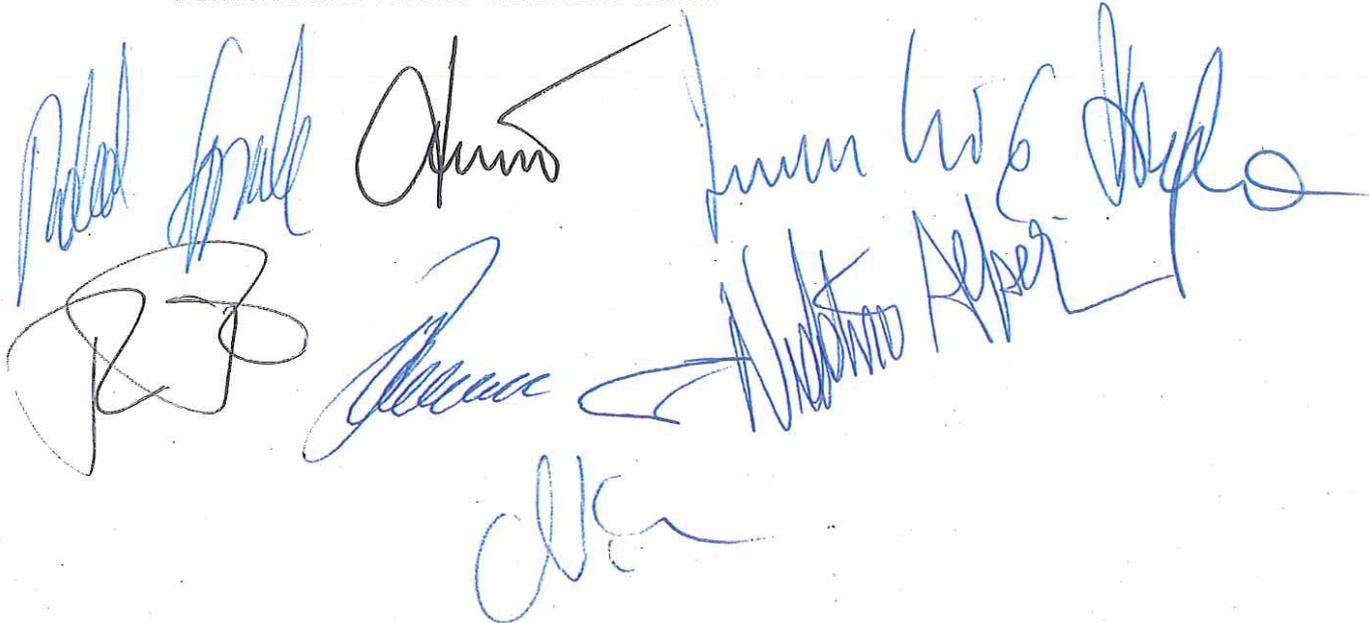
Daher ist die Schnürung eines Investitionspaketes für die Gemeinden – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene – unumgänglich. Die Gemeinden werden ohne entsprechende Finanzierungshilfen nicht in der Lage sein, notwendige Investitionen zur Ankurbelung der Konjunktur zu tätigen und geplante Gemeindeprojekte umzusetzen. Ohne die Zuführung von Landes- und Bundesmitteln an die Gemeinden ist die existenzielle Grundlage unserer Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der kommunalen Infrastruktur – wie wir sie kennen – bedroht.

ANTRAG

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. für die Kärntner Gemeinden einen „Sonderförderungsfonds“ einzurichten, um die negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kärntner Gemeinden (sinkende Kommunalsteuern und Ertragsanteile) abzufedern;
2. den Gemeinden über den „Sonderförderungsfonds“ finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre anstehenden Projekte und Infrastrukturvorhaben umsetzen können;
3. in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass auch die Bundesregierung zusätzlich ein Investitionspaket für Gemeinden aus Bundesmitteln schnürt, um konjunkturbelebende Maßnahmen auf kommunaler Ebene sicherzustellen.

The image shows several handwritten signatures in blue ink, likely representing the members of the Villach Municipal Council who approved the motion. The signatures are written in a cursive style and are scattered across the lower half of the page.